

APA0276 5 AI 0371 CI

Mo, 04.Feb 2013

Menschenrechte/Wien

Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung bleibt Herausforderung

Utl.: Heinisch-Hosek: Müssen Thema aus der Tabuzone holen -
EU-Studie wird im März präsentiert =

Wien (APA) - Bei einer Pressekonferenz anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung (stopFGM) am Montagvormittag in Wien hat Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (S) betont, wie wichtig es sei, das Thema "aus der Tabuzone" zu holen. Tradition, Religion oder Kultur dürfe niemals als Rechtfertigung für Gewalt herangezogen werden, so die Frauenministerin.

Es werde geschätzt, dass weltweit mehr als 155 Millionen Frauen von Genitalverstümmelung betroffen seien, jährlich wachse diese Zahl um etwa zwei Millionen. Das seien circa 5.500 täglich, wobei die Dunkelziffer weitaus höher liege, so Heinisch-Hosek. Dabei seien "Frauen hauptsächlich aus West- und Ostafrika betroffen, aber nicht nur. Auch Frauen aus dem Mittleren Osten und Asien sind betroffen, wobei die Datenlage hier aber sehr unzureichend ist", stellte die Frauenministerin klar.

Die Nationalratsabgeordnete und Sprecherin der Plattform stopFGM, Petra Bayr (S), wies darauf hin, dass in einer UN-Resolution am 20. Dezember 2012 festgestellt wurde, wie wichtig es sei, Daten aus aller Welt zu sammeln. Bayr erklärte, dass aktuell 30 Organisationen und 1.200 Einzelpersonen stopFGM unterstützten. "Die Zahlen gehen nachweislich hinunter, aufgrund der Anstrengungen vieler". Dennoch gebe es in Österreich "etwa 25 dokumentierte Asylfälle, wo weibliche Genitalverstümmelung vollzogen bzw. angedroht worden ist", so Bayr.

In den zehn Jahren seit der Gründung der Plattform habe man viele Initiativen gesetzt, wie Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen für Hebammen, Ärzte, Pädagogen und Mitarbeiter von Beratungsstellen, erklärte Bayr. Außerdem seien mehrere Konferenzen und Podiumsdiskussionen veranstaltet, sowie verschiedenste Maßnahmen zur Verbesserung der Datenlage gesetzt worden.

Heinisch-Hosek betonte, dass das österreichische Strafgesetz genug Möglichkeiten biete, dass "wir hier Mädchen und Frauen vor dieser Form von Menschenrechtsverletzungen, dieser Gewalt, schützen können". Ihr Ressort sei im Gespräch mit dem Gesundheitsministerium, um verpflichtende Untersuchungen im Mutter-Kind-Pass zu verankern und die Präventionsarbeit zu verstärken.

Sandra Pfleger, eine ehemalige Mitarbeiterin am European Institute for Gender Equality (EIGE), betonte wie wichtig es sei, einen "partizipativen Ansatz zu entwickeln, um Frauen aber auch Männer in den betroffenen Communities in die Diskussion einzubeziehen". Aktuell habe das EIGE eine umfassende Studie zur weiblichen Genitalverstümmelung in den 27 EU-Mitgliedsstaaten und Kroatien abgeschlossen. EU-Kommissarin Viviane Reding werde das Ergebnis Anfang März präsentieren.

(Schluss) mhh/za

APA0276 2013-02-04/12:39

041239 Feb 13